

A stylized map of Yemen composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations. The title is centered over the map.

Jemen: Die Luft wird dünner für Präsident Saleh

TIM O. PETSCHULAT
März 2011

- Präsident Ali Abdullah Saleh regierte schon in Sana'a, als im Kreml noch Leonid Breschnew herrschte. 1978 übernahm Saleh die Macht im Nordjemen, seit 1990 amtiert er als erster und bisher einziger Präsident des wiedervereinigten Jemen.
- In den 32 Jahren an der Macht hat er es bislang geschickt verstanden, seine verschiedenen Gegner entweder einzubinden, gegeneinander auszuspielen oder direkt zu bekämpfen – eine Politik, die er selbst häufig als das »Tanzen auf den Köpfen von Schlangen« bezeichnet hat. Doch die »Schlangen« beginnen zu beißen.
- Zu seinen Gegnern gehören die Huthi-Rebellen im Norden, die teilweise sezessionistische Südbewegung Al-Hirak Al-Janubi (*Southern Movement*), die Demonstranten in Ta'izz, Sana'a und Aden und einige einflussreiche Scheichs seiner eigenen Stammeskonföderation – um nur einige zu nennen. Während all diese Gruppen sehr unterschiedliche Interessen haben, haben sie sich jetzt in einem Punkt geeinigt: Ali Abdullah Saleh soll zurücktreten.

Die Luft für Präsident Saleh wird dünner. Seit 32 Jahren an der Macht hat er es bislang geschickt verstanden, seine verschiedenen Gegner entweder einzubinden, gegeneinander auszuspielen oder direkt zu bekämpfen – eine Politik, die er selbst häufig als das »Tanzen auf den Köpfen von Schlangen« bezeichnet hat. Doch die »Schlangen« beginnen zu beißen.

Mehrere Faktoren haben dazu geführt, dass die bislang von Saleh praktizierte Machterhaltungspolitik jetzt an ihre Grenzen stößt.

1. Die politische Ausstrahlung Nordafrikas

Der Sturz der Machthaber Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten hatte Signalwirkung und mobilisierte auch im Jemen eine Klientel, die bislang in den politischen Prozessen keine oder kaum eine Rolle gespielt hat. Es sind neben anderen Berufsgruppen zum großen Teil junge Akademiker oder Studierende, denen angesichts von verbreiteter Arbeitslosigkeit und Armut die Zukunftsperspektive fehlt, und die sich von einem Machtwechsel eine Verbesserung ihrer Möglichkeiten versprechen. Zwar erreichen die Demonstrationen bislang keine ägyptischen Ausmaße, sie sind aber dennoch politisch bedeutsam und zeigten Wirkung: Präsident Saleh gab am 2.2.2011 bekannt, dass er am Ende seiner Amtszeit 2013 nicht wieder kandidieren will. Auch seinen Sohn Ahmad wolle er nicht ins Rennen um seine Nachfolge schicken. Darüberhinaus versprach er die Fortführung des zuvor von ihm persönlich unterbrochenen Nationalen Dialogs (an dem aber wichtige Konfliktparteien wie Huthis und Al-Hirak ohnehin nicht beteiligt waren) und Reformen wie die künftige Direktwahl der Gouverneure in den Regionen. Er kündigte außerdem eine Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst an, halbierte die Einkommenssteuer und versprach, Stellen für Akademiker zu schaffen, was finanziell bei der derzeit extrem angespannten Haushaltslage aber kaum lange durchzuhalten sein dürfte. Am 28.2.2010 kündigte er außerdem an, eine Regierung der nationalen Einheit bilden zu wollen – ein Angebot, das von den Oppositionsparteien umgehend zurückgewiesen wurde. Die Demonstranten ließen sich von diesen Zusagen ebenfalls wenig beeindrucken. In der Vergangenheit hatte Saleh schon zweimal versprochen, nicht wieder als Präsidentschaftskandidat anzutreten. Vor anstehenden Wahlen nahm er das

Versprechen dann aber »auf Wunsch des Volkes« jedes Mal wieder zurück.

Mit den Demonstrationen der »Jungen« hat sich in den Städten des Jemen eine neue sichtbare Opposition der Straße etabliert, die klar und lautstark den Rücktritt des Präsidenten fordert.

2. Gegenwind aus dem Haus Al-Ahmar, Parteiaustritte von Stammesführern

Vielleicht noch wichtiger als die städtischen Straßenproteste sind die politischen Verschiebungen bei den einflussreichen Stämmen, denen insbesondere im stark tribal geprägten Nordjemen enorme politische Bedeutung zukommt. Als Salehs derzeit mächtigster politischer Gegner gilt Hamid Al-Ahmar, Parlamentsabgeordneter der islamistisch-tribalen Islah-Partei und Multimillionär mit einem Netz von Unternehmen, zu denen auch ein TV-Kanal und ein großes Mobilfunknetz gehören. Hamid Al-Ahmars 2007 verstorbener Vater, der Chef der Hashed-Stammeskonföderation, Parlamentssprecher, Chef der Islah-Partei und »Präsidentenmacher«, Scheich Abdullah Al-Ahmar, war ein politischer Verbündeter Saleh's, was er bei der letzten Präsidentenwahl medienwirksam unter Beweis stellte. Er gab Saleh vor laufenden Kameras seine Stimme, obwohl die von ihm geführte Islah-Partei einen Gegenkandidaten aufgestellt hatte. Hamid al-Ahmar folgte dem Kurs seines Vaters nicht. Schon 2009 forderte er in einer Livesendung des Fernsehsenders Al-Jazeera in Qatar den Rücktritt des Präsidenten. Die Frage der Moderatorin, ob ihr Studiogast denn nach diesem Statement vorhabe, in den Jemen zurückzukehren, bejahte er. Die aus Syrien stammende Moderatorin war so überrascht, dass sie die Frage wiederholte.

Diese Szene dient seitdem oft als Illustration für die Straßenweisheit »Der Jemen ist anders«. Hamid kehrte nicht nur zurück, sondern führte weiter erfolgreich seine zahlreichen Unternehmen im Jemen und kritisierte weiter den Präsidenten – undenkbar in den meisten arabischen Staaten.

Mit dem Umstand einen der zehn Al-Ahmar-Brüder gegen sich zu haben, konnte Präsident Saleh leben. Eine neue Entwicklung ist, dass sich Ende Februar zwei weitere ebenfalls einflussreiche Al-Ahmar-Brüder der Forderung nach einem Rücktritt des Präsidenten angeschlossen

haben: Der stellvertretende Parlamentssprecher Himyar Al-Ahmar sowie Hussein Al-Ahmar, der zusammen mit elf weiteren Stammesführern aus der Regierungspartei, dem Allgemeinen Volkskongress, austrat und sein Abgeordnetenmandat niederlegte. Diese Wendung blieb im Jemen nicht unbeachtet, denn in den Händen der Familie Al-Ahmar liegt traditionell die Führung der einflussreichsten jemenitischen Stammeskonföderation (Hashed). Der Anführer der Hashedkonföderation, zu der auch der Stamm des Präsidenten (Sanhan) gehört, ist ein vierter Bruder: Sadiq Al-Ahmar. Scheich Sadiq hat sich bislang nicht eindeutig positioniert, duldet aber, dass Stammeskrieger der Hashed jetzt die Demonstranten beschützen.

Sowohl die drei kritischen Al-Ahmar-Brüder als auch Präsident Saleh bemühen sich zur Zeit darum, möglichst viele auch der kleineren Stämme auf ihre Seite zu ziehen. Ob der Präsident im Kampf um die Gunst der Stämme gewinnen kann, ist fraglich. Hier spielen nicht zuletzt auch verfügbare Finanzmittel eine Rolle. Zwar ist der Ölpreis im Zuge der Befreiung Ostlibyens vom Gaddafi-Regime gestiegen, was sich direkt positiv auf die jemenitische Haushaltslage niederschlägt. Andererseits hat Saleh aber durch die Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst und die Senkung der Einkommenssteuer seinen Staatsetat schon überstrapaziert.

Die zweitmächtigsten Stammeskonföderation (Bakil) gilt schon lange als eher distanziert dem Präsidenten gegenüber. Nun haben sich aber auch einige der bislang Saleh-freundlichen Bakil-Scheichs öffentlich vom Präsidenten losgesagt.

Beide Konföderationen könnten gemeinsam das Machtgleichgewicht entscheidend zugunsten der Protestbewegung und gegen Präsident Saleh kippen.

3. Huthis und das *Southern Movement*

Die Regierung unter Saleh bekämpft seit 2004 einen vom Huthi-Clan angeführten Aufstand in der Provinz Sa'da im Norden. Bis zur Vereinbarung eines wackeligen Waffenstillstands im Februar 2010 wurden in nun schon sechs Kriegsrunden Zehntausende vertrieben. Durch das saudische Bombardement von Dörfern im Norden erreichte der Konflikt im Jahr 2009 eine regionale Dimension. Die von der Regierung verhängte ab-

solute Nachrichtensperre ist insofern »erfolgreich«, als es kaum zuverlässige Informationen über die Ziele der Huthis gibt. Die Regierung behauptet, dass die zaiditischen (und damit schiitischen) Huthis vom Iran mit Geld und Waffen unterstützt werden, mit dem Ziel einen schiitischen Gottesstaat zu errichten. Sie ist aber bislang jeden Beweis für iranische Waffenlieferungen schuldig geblieben. Tatsächlich unterscheidet sich die Religionspraxis der Zaiditen weit weniger von der schafiitisch-sunnitischen der jemenitischen Bevölkerungsmehrheit, als von der Praxis der Zwölfer-Schiiten des Iran. Es gibt keine historischen Verbindungen der Zaiditen zum Iran. Präsident Saleh weiß das; er ist selbst Zaidit. Er nutzt die amerikanischen und saudischen Ressentiments gegen den Iran aus, um seinen Krieg im Norden als Kampf gegen islamistischen Terrorismus bzw. schiitischen Sezessionismus zu verkaufen. Letzteres kommt auch bei einigen sunnitischen Islamisten gut an. Berichten zufolge kämpfen inzwischen auch Al-Qaida-Kämpfer als Verteidiger der reinen sunnitischen Lehre gegen die »schiitischen« Huthis, mit der skurrilen Folge, dass von US-Experten trainierte und ausgebildete Spezialeinheiten der jemenitischen Regierung und Al-Qaida-Kämpfer (gegen die sich deren Ausbildung ursprünglich richtete) auf derselben Seite im Kampf gegen die Huthis stehen.

Im Kern scheint es den Huthis um ein Ende der politischen und sozioökonomischen Marginalisierung ihrer Region sowie um die Bewahrung ihrer kulturellen und religiösen Identität zu gehen, die sie vor allem durch sunnitisch-wahabitische (saudisch finanzierte) Missionstätigkeit gefährdet sehen. Im Zusammenhang mit den neuesten politischen Verschiebungen ist vor allem interessant, dass sich die Huthis mit den regierungskritischen Demonstranten solidarisiert und sich ihrer Forderung nach einem Rücktritt des Präsidenten ausdrücklich angeschlossen haben. In einer der bislang größten Demonstrationen protestierten am 21.2.2011 in der Stadt Sa'da im Norden mehrere zehntausend Menschen gegen Präsident Saleh, unter ihnen viele Huthis.

Großdemonstrationen gehen auch von der offiziell verbotenen Protestbewegung Al-Hirak im ehemaligen Südjemen aus, die besser als *Southern Movement* bekannt ist. Sie bietet vielen von der Wiedervereinigung des Jemen enttäuschten Südjemeniten eine Plattform, um ihren teils berechtigten Unmut zu artikulieren. Das *Southern Movement* fordert mehr Autonomie für den Südjemen, gerechte Beteiligung von Südjemeniten an der

Macht, ein Ende der »Landname« durch Nordjemeniten und in letzter Zeit auch zunehmend die Unabhängigkeit des Südjemen. Bislang hat es außer der Tatsache, dass sie starken Repressionen von Seiten der Regierung ausgesetzt ist, kaum Gemeinsamkeiten mit der Huthi-Bewegung im Norden. Seit Kurzem konzentriert sich das Anliegen des Al-Hirak aber ebenfalls auf eine zentrale Forderung: Die nach dem Rücktritt des Präsidenten.

4. Die parlamentarische Opposition

Am 1.3.2011 trat nun auch der Sprecher der im *Joint Meeting of Parties* (JMP) organisierten parlamentarischen Opposition aus Islamisten, Nasseristen und Sozialisten, Dr. Mohammed Abdul Malik Al-Mutawakil, mit einem neuen Fünf-Punkte-Plan an die Öffentlichkeit. Im Kern handelt es sich um eine freundlich ausgedrückte Rücktrittsfordernung: Dem Präsidenten soll die Chance zu einer friedlichen und reibungslosen Machtübergabe innerhalb von höchstens neun Monaten gegeben werden. Dieser mit religiösen Autoritäten und Stammesführern abgestimmte Plan wird nun auch vom einflussreichsten Geistlichen der Islah-Partei, Scheich Abdul Majid Az-Zindani, unterstützt. Az-Zindani hatte sich noch vor wenigen Tagen für einen Verbleib Salehs im Amt ausgesprochen.

Ausblick

Die Luft wird dünner für Ali Abdullah Saleh. Zahlreiche, sehr unterschiedliche Gegner haben sich erstmals in einer zentralen Angelegenheit geeinigt: Sie fordern seinen Rücktritt. Damit bleiben dem Präsidenten außerhalb der Sicherheitskräfte und seines engeren Stammesumfeldes nur wenige Verbündete. Seine guten Kontakte nach Washington, von wo aus Saleh für den »Kampf gegen den Terrorismus« großzügig unterstützt wird (67 Mio. US-Dollar 2009, 150 Mio. US-Dollar 2010), sind innenpolitisch nicht nützlich, sondern gefährlich. Da sich viele jüngere Stammesführer nicht mehr wie noch ihre Väter einfach kooptieren lassen, sinkt auch seine Unterstützungsbasis bei den Stämmen im Norden.

Ein plötzliches Ende des »Tanzes auf den Schlangenköpfen« ist nicht mehr unwahrscheinlich. Das scheint auch Saleh selbst zu ahnen. Als Indiz für die Nervosität des Präsidenten galt manchen seine Rede vor Demonstranten am 1.3.2011 in Sana'a, in der er Barack Obama

heftig kritisierte und behauptete, die Proteste im Jemen würden von Israel aus unter Aufsicht des Weißen Hauses gesteuert. Eine erste Reaktion aus Washington ließ nicht lange auf sich warten: Nur einen Tag später warnte der Sprecher des Weißen Hauses, Jay Carney, den jemenitischen Präsidenten davor, die USA und Israel als Sündenböcke zu missbrauchen. Er solle sich statt dessen auf politische Reformen konzentrieren, um auf die legitimen Forderungen des jemenitischen Volkes zu reagieren.

Ein Wechsel im jemenitischen Präsidialamt muss nicht – wie von Ali Abdullah Saleh unermüdlich behauptet – zu Chaos im Jemen führen. Er kann sogar stabilisierende Wirkung haben, wenn sich die wichtigsten *Stakeholder* rechtzeitig auf einen Nachfolger einigen und destabilisierende Interventionen von außen (Saudi Arabien, USA) ausbleiben. Beobachter sind sich einig, dass der Huthi-Konflikt im Norden und der Unmut im Süden unter Anwendung traditioneller jemenitischer Konfliktlösungsmechanismen zu überwinden wäre. Auch für die Qat- und Wasser-Problematik sowie für zahlreiche andere Entwicklungshemmnisse gibt es vielversprechende Ansätze.

Schwierig ist sicher eine nachhaltige Eindämmung der Handlungsmöglichkeiten von Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP), wobei allerdings die bisherige amerikanische Strategie der Ausbildung und Bewaffnung von »Spezialeinheiten«, die dann auch gegen andere Regierungsgegner eingesetzt wurden, eher zur Destabilisierung des Landes als zu einer wirkungsvollen Terrorismusbekämpfung beigetragen hat. Eine Politik, die das Land aus seinem Status als *failing state* herausführen würde, wäre sicher langfristig die beste Strategie, um AQAP den Boden zu entziehen.

Ein Machtwechsel im Jemen wird immer wahrscheinlicher, er ist allerdings keineswegs sicher. Noch immer kann Saleh bei Pro-Regierungs-Demonstrationen zehntausende Anhänger mobilisieren. Auch in der Vergangenheit hat Ali Abdullah Saleh schon erstaunliches Geschick in Fragen des Machterhalts bewiesen. Außerdem gilt vermutlich, was auch Jemen-Experten nicht müde werden zu wiederholen: Der Jemen ist anders.



Über den Autor

Tim O. Petschulat wird im Juli 2011 die Leitung des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jemen übernehmen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Hajo Lanz, Ref. Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7419 | Fax: ++49-30-269-35-9233
www.fes.de/international/nahost

Bestellungen/Kontakt hier:
Martin.Johr@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

